

Auf der Suche nach Persönlichkeiten

FDP will künftig bei Wahlen als Siegerin hervorgehen

Bei den Nationalratswahlen konnte die FDP im Kanton Freiburg ihren Wähleranteil um ein Prozent steigern. Das genügt ihr aber nicht. Bereits am 1. Juni möchte sie z. B. Denis Boivin als neuen Oberamtmann des Saanebezirks feiern.

Von ARTHUR ZURKINDEN

Die Analyse der Wahlen 2007 und die künftige Strategie bildeten einen wichtigen Punkt der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP vom Donnerstag in Sorens.

FDP-Werte volksnah verkaufen

Wahlanalyst Yann Grandjean zeigte auf, dass die Wahlallianz mit der CVP hinkte. «86,7 Prozent der FDP-Wähler haben bei den Ständeratswahlen auch Urs Schwaller auf den Wahlzettel gesetzt. Jean-Claude Cornu erhielt jedoch nur von 62,9 Prozent der CVP-Wähler eine Stimme», sagte er. Bei den Nationalratswahlen stellt er fest, dass die FDP vor allem in jenen Bezirken stark war, in welchen Persönlichkeiten kandidierten. «Wir sind sehr abhängig von Persönlichkeiten», gab er zu verstehen, was er auch mit der

Tatsache belegen konnte, dass nur 35 Prozent der FDP-Wähler eine unveränderte Liste in die Urne warfen.

Laut Grandjean ist es der Partei auch nicht gelungen, die FDP-Werte dem Volk mit einfachen Worten und Slogans nahezubringen. Er rief die FDP auf, schon heute für das Wahljahr 2011 Persönlichkeiten zu suchen.

«Wir sind überall gut, aber wir wissen nicht genau, wo wir sehr gut sind», ergänzte Kantonalpräsident Charly Haenni. Nach seinen Worten muss sich die FDP künftig auf wenige Themen konzentrieren, diese aber besser kommunizieren. «Wenn wir verlieren, so ist dies allein unser Fehler», meinte Léonhard Bender, Vizepräsident der FDP Schweiz.

«Die Frucht ist reif»

An der gut besuchten Versammlung in Sorens wurde der Anwalt Denis Boivin als offizieller FDP-Kandidat für die Nachfolge von Nicolas Deiss als Oberamtmann des Saanebezirks vorgestellt. «Wir können die Wahl gewinnen. Die Frucht ist reif. Ich bin überzeugt, dass wir die Möglichkeit haben, diese Frucht zu pflücken», hielt Denis Boivin fest, dies auch bei einem Wähleranteil der FDP im Saanebe-

zirk von nur elf Prozent. «Oberamtmannswahlen werden von Persönlichkeiten gewonnen», fügte er bei.

Ja zur Steuerreform und Nein zur Kampfjetlärm-Initiative

Die Delegierten beschlossen in Sorens ebenfalls die Parolen für die Abstimmungen vom 24. Februar. Einstimmig befürworteten sie die Unternehmens-Steuerreform II nach einem Referat von Nationalrat Jacques Bourgeois. Wie dieser sagte, ist von den elf Massnahmen, die im Bundesgesetz vorgesehen sind und welche die Rahmenbedingungen für die KMU wesentlich verbessern, nur eine umstritten: die teilweise Steuerbefreiung der Dividenden auf Bundesebene. Für ihn ist es aber nicht normal, dass die Dividenden voll besteuert werden sollen, zumal der Fiskus die Unternehmen bereits bei den Gewinnen zur Kasse bittet.

Er stellte auch fest, dass bereits 19 Deutschschweizer Kantone und neu das Wallis eine Steuererleichterung auf Dividenden eingeführt haben. Der anwesende Finanzdirektor Claude Lässer äusserte sich in seinem persönlichen Namen zur Frage, was Freiburg nach der Abstimmung zu unterneh-

men gedenke. «Bei einer Annahme der Steuerreform auf Bundesebene sind die Kantone fast verpflichtet nachzuziehen. Aber auch bei einem Nein kann es sich Freiburg aus Konkurrenzgründen kaum leisten, die Dividenden weiterhin voll der Steuer zu unterstellen», sagte er. Nach seinen Worten könnte das Staatsbudget diesen Steuerausfall verkraften.

Die Verkehrspolizei der Lüfte

Einstimmig sprachen sich die Delegierten gegen die Initiative von Franz Weber «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» aus. Vorgestellt wurde sie von Brigadier Peter Egger aus Villars-sur-Glâne, der schon mehr als 3900 Flugstunden hinter sich hat. Er stellte vor allem die Aufgaben der schweizerischen Luftwaffe vor und bezeichnete diese als «Verkehrspolizei der Lüfte». Nach seinen Worten überqueren täglich 2000 Zivilluftzeuge den schweizerischen Luftraum. Aufgabe der Armee sei es dabei, die zivile Überwachung zu unterstützen und notfalls einzugreifen. «Ein Trainingsflug kann zu jeder Zeit zu einem Ernstfall werden», gab er zu bedenken und gab ein Beispiel, um die Nützlichkeit der Kampfjets in Friedenszeiten

hervorzuheben. Er wies auch auf das WEF und die Euro 08 hin.

Jean-Paul Glasson gewürdigt

Die FDP nahm weiter die Gelegenheit wahr, die Verdienste des zurückgetretenen Nationalrates Jean-Paul Glasson zu würdigen. «Man kann jeden Politiker fragen, er gehörte in Bern zum kleinen Kreis der Weisen», meinte der Greyerzer Oberamtmann Maurice Ropraz.

Der Geehrte selber war sich bewusst, dass er in Bern nicht für grosse Schlagzeilen sorgte. Er war aber auch stolz, dass er als Präsident der Geschäftsprüfungskommission in der Affäre «Rorschacher-Blocher» zeigen konnte, dass sich ein Bundesrat in der Regierung nicht alles leisten kann. Freude hatte er, dass er nach dem Durchschreiten eines Tunnels nun zur alten Lebensfreude zurückgefunden hat, auch dank der Unterstützung seiner Freunde.

Geehrt wurde ebenfalls die politische Sekretärin Véronique Monney, die durch Carole Clément ersetzt wird. Zu erfahren war weiter, dass an der Delegiertenversammlung vom 17. April der Nachfolger von Präsident Charly Haenni bekannt wird.



Über 200 Haushalte freuen sich am monatlichen Bio-Korb mit frischen, saisonalen Produkten vom Bauernhof. Bild: Josef Jungo

Beliebter Bio-Korb

Kundenkreis wurde vervierfacht

Im Januar 2007 wurden die ersten 52 Bio-Körbe ausgeliefert. Ein Jahr später konnten 235 Haushalte zum Kundenkreis gezählt werden. Diese erfreuliche Entwicklung konnte an der Versammlung des Vereins «Notre panier bio/Unser Bio-Korb» in Pringy aufgezeigt werden.

Die Initiative für die Lancierung des Projektes «Unser Bio-Korb» ist im Jahre 2006 anlässlich der Generalversammlung von Bio Freiburg entstanden. Ziel dieses Projektes ist, die Kontakte zwischen Produzenten und Konsumenten zu fördern. Ebenso soll die Distanz vom Feld bzw. Hof und Teller so verkürzt werden.

Im November 2006 wurde der Verein «Notre panier bio/Unser Bio-Korb» für den Aufbau einer lokalen, biologischen Vertragslandwirtschaft gegründet. 13 Produzenten bieten ihre Erzeugnisse an: Getreideprodukte, Lagergemüse, Obst und Beeren, Milchprodukte, Fleischwaren, Eier usw.

Der Verein schliesst mit den Konsumenten (Haushalte) Verträge ab. Sie verpflichten sich damit, monatlich einen Bio-Korb mit etwa zwölf Kilogramm saisonalen und haltbaren Produkten zum Preis von 80 Franken zu übernehmen. Koordinator ist Urs Gfeller, Sédeilles. Der Gemüsebauer und Marktfahrer stellt die Körbe zusammen und liefert sie zu Verteilerhaushalten, wo sie von den zugeleiteten Kunden abgeholt werden.

Wie Präsident François Muller, Cressier, mitteilte, konnte das gesteckte Ziel von 200 Körben bereits im vergangenen November erreicht werden. In der Stadt Freiburg und Saanebezirk zählt der Verein 106

Kunden, gefolgt von Bulle und Greyerzbezirk mit 70, Glanebezirk 25, Broyebezirk 14, Seebezirk 10, Vivisbachbezirk 6 und am Schluss folgt der Sennebezirk mit nur vier Körben.

Nach den Prinzipien des «fairen Handels»

Nebst der Förderung der direkten Kontakte zwischen Produzenten und Konsumenten gehe es auch um die Wahrung der Ernährungshoheit, ist in den Statuten verankert. Weiter solle die lokale/regionale Bioproduktion gefördert und durch diesen Kanal abgesetzt werden. Die Verteilung der rund 240 Körbe beschäufte eine Person während zehn Tagen pro Monat, erklärte Sekretär Gerhard Hasinger. Für die Verteilung der 1600 bereitgestellten Körbe wurden 2273 Kilometer zurückgelegt, d. h. 1,44 Kilometer pro Korb. Ein ebenso wichtiger Grundsatz ist die Vergütung von Produkten und Dienstleistungen nach den Prinzipien des «fairen Handels», sagte er.

Der Verein sei auch bestrebt, seine Mitglieder über die Produktion von Gemüse, Obst usw. und aktuelle Fragen zu informieren. Deshalb sei im Dezember 2007 die Zeitung «La tête dans le panier» lanciert worden. Wenn die Kundenzahl weiterwachsen könne auch die wöchentliche Verteilung der Körbe realisiert und so den Kunden noch frischere Ware geliefert werden, führte der Sekretär aus.

Er erinnerte daran, dass im Moment noch viel freiwillige Arbeit geleistet werden müsse. Der Verein sei deshalb interessiert, die Zahl der Körbe erhöhen zu können, um so seine Kosten decken zu können. ju

Weitere Informationen: www.notrepanierbio.ch; www.unserbiokorb.ch

Steuerreform ist der SP zu blöd

Klares Nein zu Steuerreform und Ja zu weniger Kampfjetlärm

In den Augen der kantonalen SP füllt die vorgeschlagene Reform der Unternehmenssteuer nur weiter die Portemonnaies der ohnehin reichen Aktionäre. Sie sagt deshalb einstimmig Nein zur Vorlage. Ein Ja empfiehlt die Partei hingegen bei der Initiative gegen Kampfjetlärm.

Von MATTHIAS FASEL

Die SP Schweiz hat letztes Jahr gegen die Reform der Unternehmenssteuer das Referendum ergriffen. Schon vor der Mitgliederversammlung der Kantonalpartei lagen am Donnerstag in Châtel-St-Denis deshalb Parteiprospekte mit dem kopierten, aber eingängigen Slogan «Ich bin doch nicht blöd» auf, mit dem die Partei gegen die Vorlage kämpft.

Steuergeschenke für Grossaktionäre

Kein Wunder also, dass die rund 40 Anwesenden einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Da nützte es auch nichts, dass der Genfer SVP-Nationalrat Yves Nidegger in einem Zwiesgespräch mit SP-Ständerat Alain Berset noch die Argumente der Befürworter vortrug. «Es ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz sehr wichtig, dass die KMU in unserem Land gestärkt werden. Schliesslich sind davon viele Arbeitsplätze und Lehrstellen abhängig», erklärte Nidegger.

«Kein Kampfjetlärm in Tourismusgebieten – eigentlich ein erstrebenswertes Ziel», meinte Felix Stoffel, Chef der Sparte Luftverteidigung, anlässlich einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Sektion See der Freiburger Offiziersgesellschaft am Donnerstag in Murten.

Der Anti-Luftwaffen-Initiative von Franz Weber hingegen kann der Oberst im Generalstab nichts Gutes abgewinnen. Schon der Begriff «Übungsflug» im Initiativtext sei unklar – denn aus jedem Übungsflug könne plötzlich ein Ernstesatz werden.

Die Wahrung der Lufthoheit und die Sicherung des Luftraums – Hauptaufgabe der Luftwaffe – seien nicht delegierbar, so der Berufsmilitärpilot. Dadurch würden die Souveränität und die Neutralität des Landes gefährdet.

Alain Berset sah das selbstverständlich ganz anders. Für ihn hilft die Reform nicht den KMU, sondern in erster Linie den Grossaktionären. «Nur 8400 Aktionäre würden von den Steuergeschenken profitieren», erklärte Berset. Nämlich diejenigen Aktionäre, die mehr als zehn Prozent der Aktien eines Unternehmens besitzen und auch wirklich Dividenden ausbezahlt bekommen, sprich vor allem die Aktionäre von grossen, rentablen Firmen. «Walter Frey würde zum Beispiel jedes Jahr 11 Millionen Franken Steuern sparen. Ich bezweifle doch sehr, dass er dieses Geld in neue Arbeitsplätze und Lehrstellen investieren würde.»

«Ungerecht und schlicht skandalös»

Ein Problem ist für die SP auch das Loch, das in den Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden entstehen würde. Die zwei Milliarden Franken, die gemäss der Partei pro Jahr verloren gingen, schädigten in den Augen der SP nicht zuletzt die AHV, den Öffentlichen Verkehr und die Bildung. Dabei überzeugte sie auch nicht die Vision von Yves Nidegger, der glaubt, dass die Steuereinnahmen zwar zunächst effektiv abnehmen, mittel- oder längerfristig wegen des wirtschaftlichen Wachstums aber zunehmen würden. Vielmehr brachte Alain Berset in seinem Schlussstatement die Stimmung in der Partei auf den Punkt. «Ich bin sonst in Bern eher als offener und pragmatischer

Politiker bekannt. Aber in diesem Fall muss ich klare Worte finden. Was das Parlament hier ausgearbeitet hat, ist unglaublich ungerecht und schlicht skandalös.»

Ja zu weniger Lärm von Kampfjets

Mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung hat die SP hingegen die Ja-Parole bei der Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» beschlossen. Sie erhofft sich davon unter anderem, die Gesundheit der Anwohner zu schützen, mehr Lebensqualität und eine geringere Umweltbelastung. Die Partei wäre zudem froh darüber, dass es bei einer Annahme der Initiative im Schweizer Luftraum keine unnötigen und gefährlichen Kriegsspiele mehr gäbe. Die F/A18-Jets sind in den Augen von Grossrat Dominique Corminboeuf, der die Initiative vorstellte, ohnehin bloss «Spielzeuge einiger höherer Offiziere». Das Funktionieren der Armee sei bei einem Ja deshalb keineswegs gefährdet.

Gegend wird aufgewertet

Dass aber unter Umständen beim Flugplatz Payerne Stellen abgebaut werden müssten, ist der SP bewusst. «Ich bin aber überzeugt davon, dass durch die Aufwertung der Gegend diese Stellen durch Arbeitsplätze in anderen Bereichen mehr als kompensiert werden könnten», so Dominique Corminboeuf.

Zivile Dienste der Luftwaffe

Freiburger Offiziere zur Anti-Luftwaffen-Initiative

In seinen Ausführungen ging Stoffel hauptsächlich auf die Aufgabe der Luftwaffe als Luftpolizei ein. Diese leistet laut dem Referenten Hilfe für zivile Flugzeuge bei Navigationsproblemen oder Funkpannen während des Überflugs, stellt im Auftrag des Bundesamtes für Zivilluftfahrt Luftraumverletzungen fest (unbewilligte Einflüge oder Abweichungen von der zugewiesenen Flugroute) und überprüft pro Jahr rund 400 Militär- oder Regierungsflüge anderer Länder über Schweizer Hoheitsgebiet.

Trainings im Ausland

Weiter betonte Stoffel gegenüber den 20 Zuhörern, dass die Luftwaffe bereits einiges unternehme, um den Fluglärm in Grenzen zu halten. So würden Überschall- und Tiefflüge nahezu nur noch im Ausland trainiert. «Das ersetzt aber die Übungen im Inland nicht», gab er zu bedenken. Einerseits müsse sich der Militärpilot

mit den Eigenheiten der Schweizer Topographie vertraut machen, andererseits müsse auch die Zusammenarbeit der Piloten mit dem Bodenpersonal (Luftüberwachung, Logistik) trainiert werden.

Luftraum streng aufteilen

Erschwerend kommt laut dem Referenten hinzu, dass sich Zivil- und Militärflug den Schweizer Luftraum streng aufteilen müssen. Für die Armee bleibt nebst einem Teil des Graubündens eigentlich nur noch das Gebiet zwischen Oberwallis, Berner Alpen und Luzern, um Flugmanöver zu üben. Ein Überflug dieses Gebiets dauert für einen Kampfjet etwa sechs Minuten.

Der Oberst verwies ausserdem darauf, dass sowohl der Schweizerische Hotelierverein als auch der Tourismusverband die Initiative ablehnen würden. «Die Sicherheit ist im Gegenteil wichtig für die touristische Attraktivität», ist Stoffel überzeugt. hi